

5. Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!

5.5 Wie wollen Sie gegen „Umpolungs-“ oder „Konversionstherapien“ vorgehen?

Union



„Wir achten das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen und lehnen „Umpolungs-“ oder „Konversionstherapien“ jedenfalls ab, wenn diese nicht freiwillig und nach umfassender Aufklärung erfolgen.“

SPD



„Homosexualität ist keine Krankheit und bedarf deshalb auch keiner Behandlung. Derartige Pseudo-Behandlungen sind, wenn sie gegen den Willen von homosexuellen Menschen erbracht werden, strafbar. Ärztinnen und Ärzte oder Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verstoßen zudem gegen ihre Pflichten zur Wahrung wissenschaftlicher Standards, wenn sie schädliche Behandlungen anbieten und durchführen. Das muss entsprechend geahndet und unterbunden werden. Darüber hinaus muss die Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über Pseudo-Behandlungen zur „Umpolung“ verstärkt und insbesondere an Kinder- und Jugendliche gerichtet werden.“

Linke



„Auch hier sollte ein gesetzliches Verbot erlassen werden. Zwar würden auch die bisherigen Gesetze ausreichen, doch sie werden nicht umgesetzt. Die Zunahme gerade rechtsextremistischer Diskurse, die menschenverachtende „Umpolungs“- oder „Konversationstherapien“ fordern, muss hier ein klares Zeichen mit einem gesetzlichen Verbot entgegengewirkt werden.“

DIE LINKE betrachtet jeden Versuch, die sexuelle Identität eines Menschen zu verändern, als schweren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Sogenannte Konversionstherapien sind in Deutschland klar illegal. Wir betrachten sie als schwere Verletzung der körperlichen und geistigen Integrität. DIE LINKE fordert, alle Menschen, die solche Behandlungen durchführen, hart zu sanktionieren - erst Recht Ärztinnen und Ärzte, die damit zusätzlich gegen ihre beruflichen Pflichten verstoßen.

Geschlechtsangleichende Operationen müssen in Deutschland auf das unbedingt notwendige Maß reduziert werden. Sie dürfen nur unter sehr strenger medizinischer Indikation stattfinden, etwa weil wichtige biologische Funktionen ansonsten nicht ausgeführt werden können. Der Eingriff hat so wenig eingreifend wie möglich zu erfolgen und darf nie die Geschlechtsangleichung zum Ziel haben. Wir fordern die Ärztekammern und die Landesbehörden auf, ihrer Aufsichtsfunktion gerecht zu werden und Hinweisen auf Rechtsverstöße schnell und umfassend nachzugehen.

Grüne



behaauptete Wirksamkeit gibt es hingegen nicht.

„Die Weltgesundheitsorganisation hat Homosexualität 1990 aus ihrem Diagnosekatalog ICD gestrichen. Dennoch bieten einige Organisationen in Deutschland „Behandlungen“ Homosexueller mit dem Ziel der Änderung der sexuellen Orientierung der Betroffenen an. Negative und schädliche Aspekte dieser Pseudotherapien wie soziale Isolation, Depressionen und erhöhte Suizidalität sind wissenschaftlich nachgewiesen. Einen Nachweis für die

Die Gefährdung des Gesundheit und des Lebens, die bei den Pseudotherapien zweifelsfrei vorliegt, verpflichtet unserer Meinung nach den Staat zu Interventionen zugunsten schutzbedürftiger Kinder und Jugendlichen. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach das Anbieten und die Durchführung von Therapien mit dem Ziel der Änderung der sexuellen Orientierung bei Minderjährigen verboten werden sollen.“

FDP



müssen unterbunden werden. Stiftungen und Interessenverbände können als Kontrollinstanz hier eine wichtige Rolle spielen.“

„Erzwungene Beratung bei LSBTI sowie „Umpolungs-“ oder „Konversionstherapien“ verstoßen nach Auffassung der Freien Demokraten gegen die Menschenwürde. Solche Maßnahmen lehnen wir strikt ab. Wo es keine Krankheit gibt, kann es auch keine Therapieangebote geben. Beratungs- und Selbsthilfe-Angebote wollen wir gezielt unterstützen, aber Angebote, die Menschen eine bestimmte Lebensweise vorschreiben wollen

AfD



„Wir möchten, wie eingangs postuliert, das Grundgesetz wieder vollumfänglich zur Geltung bringen. Für alle Menschen.

Die Debatte über mögliche bzw. notwendige rechtliche, verwalterische oder medizinische Schritte ist von der Ideologie des Gender Mainstreaming loszulösen.

Die Alternative für Deutschland sieht sich auch in einer politisch liberal-freiheitlichen Tradition verhaftet. Daher sind wir für den Grundsatz „so viel Freiheit wie möglich, so wenig Beschränkungen wie nötig“. Wir stehen dafür ein, dass jeder Mensch in unserem Land so freiheitlich wie nur irgend möglich leben kann. Dazu gehört selbstverständlich auch die freie Auslebung der eigenen Sexualität.

Die AfD steht für einen schlanken Staat für freie Bürger. Wir glauben nicht an die Wirksamkeit staatlicher vereinheitlichender Regelungswut in Bezug auf die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung des Individuums. Ein jeder möge Leben, wie er es für richtig hält, so lange es im Rahmen der gültigen Gesetze stattfindet und die Rechte anderer Personen nicht eingeschränkt werden und zwar in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit.“

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Legende



super



ja



vage



nein



gefährlich